

Neues Label für Städte

Winterthur will die erste «Fair Trade Town» werden

SEITE 12

Nachruf auf Giuseppe Kaiser

Er lebte im Kinderheim, wurde Manager und starb mit 97 Jahren

SEITE 13

Film «A Long Way Down»

Dank Imogen Poots ist die Tragikomödie ein Film fürs Herz

SEITE 17



Die Erschliessungsstrasse Neuhegi sollte auch am Schloss Hegli vorbeiführen. Dagegen wehrten sich Anwohner, nun plant der Stadtrat die Linienführung mit Tunnel. Archivbild: hd

Bürgerliche nehmen Wohnsubventionen ins Visier

In Bern wohnen Millionäre statt arme Mieter in Wohnungen, die von der Stadt verbilligt werden. Nun wollen CVP, FDP und SVP wissen, wie es Winterthur hält.

DAVID HERTER

Man habe den Menschen zu sehr vertraut, musste der Stadtberner Finanzdirektor Alexandre Schmid (FDP) zugeben, als Ende Februar die sogenannte Mietaffäre publik wurde. Ein stadttinner Bericht hatte ergeben, dass rund die Hälfte der Mieterinnen und Mieter von subventionierten Wohnungen gar keinen Anspruch auf eine Verbilligung haben. 237 Mietparteien erhielten von der Stadt Bern die Kündigung.

Was in Bern ist, kann auch in Winterthur sein, sagten sich die drei Gemeinderäte Franco Albanese (CVP), Walter Langhard (SVP) und Stefan Feer (FDP) und wollen darum vom Stadtrat wissen, wie viele gemeinnützige Wohnungen die Stadt besitzt und wie viele tatsächlich ihrem Zweck dienen. Insbesondere interessiert die Praxis, nach der die Wohnungsvergabe überprüft wird, wenn sich in der Mietpartei die wirtschaftlichen oder familiären Verhältnisse verändern.

Mieterfinanzierung gefordert

Die drei Gemeinderäte nehmen die Gelegenheit wahr, gleich auch das Thema Konkurrenz zwischen «staatlich subventioniertem» und privatem Wohnungsbau aufzugreifen. «Wie kann sichergestellt werden, dass private Anbieter von günstigem Wohnraum nicht vom genossenschaftlichen Wohnungsbau konkurrenziert werden?», wollen Albanese, Langhard und Feer wissen, ohne für diesen Verdacht Beispiele anzuführen. Zum Schluss empfehlen sie dem Stadtrat den Wechsel weg von der Subvention von Wohnungen zur Subvention von Mietern. «Dieses System ist bedeutend transparenter», beantworten die drei ihre Frage nach den Vorteilen einer Mieterfinanzierung gleich selbst. Sie erwarten vom neuen Subventionssystem auch eine verbesserte soziale Durchmischung.

Aufwind für Strassenprojekte

Der Kanton bezahlt für die Projektierung von zwei grossen Bauvorhaben. Dies begrüssen SP und SVP, am kommenden Montag wird über die Geschäfte beraten. Kritik äussert der Verkehrs-Club.

MIRKO PLÜSS

Seit elf Jahren will die Stadt das «künftige zweite Stadtzentrum» Neuhegi besser erschliessen. Geplant ist eine neue Strasse, die den Stadtteil unter anderem durch einen Tunnel näher an die Autobahn bringen soll (siehe Karte). Weiter soll eine ÖV-Querung über den Bahnhof Grüze die Fahrzeit ins Stadtzentrum verringern. Es sind Millionenprojekte. Die Erschliessungsstrasse wird mit 160 bis 180 Millionen Franken veranschlagt, die Busbrücke mit 40 bis 50 Millionen. Bei beiden Projekten wäre die Finanzierung gesichert, da für die sogenannten Staatsstrassen, welche eine «überkommunale Bedeutung» haben, Gelder aus einem kantonalen Fonds gesprochen würden.

Nicht gesichert war bis jetzt die Finanzierung der Projektierungskosten. Diese belaufen sich auf 20 bis 30 Millionen. Für die Stadt war das stets ein zu grosser Brocken, da sie das Geld bei negativem Projektierungsausgang hätte abschreiben müssen. Nun ist der Kanton eingesprungen. Er finanziert die Projektierung von Beginn weg, ent-

gegen der üblichen Regel, wonach Kantongelder erst nach einem positiven Befund ausbezahlt werden.

Ausser bei einem Strassenteilstück auf Wiesendanger Boden soll die Projektleitung jedoch auch weiterhin bei der Stadt liegen. Darüber freut sich Beat Hofmänner, Präsident der IG Erschliessung Hegli. «Aus unserer Sicht ist das der bestmögliche Fall: Der Kanton zahlt, aber die Stadt plant», sagt er. Es sei wichtig, dass die Planungshoheit in der Stadt bleibe. «So können auch wir mitreden und einbezogen werden», so Hofmänner.

Der Zufall will es, dass bereits am kommenden Montag im Gemeinderat über die Projektierung der beiden Bauvorhaben beraten wird. Und die Chancen, dass der Rat den Plänen der Regierung zustimmt, könnten nun gestiegen sein. So begrüssen auch die beiden grössten Parteien die Vereinbarung zwischen Stadt und

Kanton. Für SVP-Präsident Daniel Oswald zeigt sie, dass der Kanton die Wichtigkeit der Bauvorhaben erkannt habe. «Dass auch die Konzeptierungskosten übernommen werden, geht in eine sehr gute Richtung.» Auch bei der SP freut man sich über den Erfolg des hiesigen Baudepartements. «Dies hilft solchen Projekten natürlich immer», sagt SP-Präsident Christoph Baumann. SP und SVP beraten beide heute Abend, welche Positionen sie in der Diskussion einnehmen wollen. Hilfreich für den Stadtrat dürfte am Montag auch der kürzlich bekannt gewordene Umstand sein,

dass das Bauvorhaben am Bahnhof Grüze zu einem grossen Teil vom Bund mitgetragen werden soll.

Kritischer beurteilt Kurt Egli, Geschäftsführer der Lokalsektion des Verkehrs-Clubs Schweiz, die Vereinbarung. «Steuergelder bleiben Steuergelder, egal ob sie vom Kanton oder von der Stadt ausgegeben werden», sagt Egli. «Nur weil jemand anders bezahlt, minimiert das nicht das Risiko solcher Grossprojekte.» Egli stellt sich vor allem gegen die geplante

Erschliessungsstrasse Neuhegi-Grüze. «Das Projekt ist ganz und gar nicht ausgereift», sagt er. «Es fehlt der Nachweis, dass der Bau umweltverträglich ist.» Kritisch sei zudem die Situation betroffener Grundeigentümer. «Es wird wohl nicht ohne Enteignungen gehen», sagt Egli. Er rechnet weiter damit, dass die Strasse am Schluss deutlich mehr kosten wird als ursprünglich veranschlagt.

«Steuergelder bleiben Steuergelder, egal wer sie ausgibt»

Kurt Egli, Geschäftsführer VCS



Begleitgruppe für Sonderschulreform

Die IG Elternräte fordert eine Begleitgruppe für die Umsetzung der städtischen Sonderschulreform Sirma. Diese ist im Oktober 2013 angelaufen und bringt zwei wichtige Änderungen: Erstens sollen Sonderschulungsmassnahmen vom Einzelschüler entkoppelt werden. Die Kreisschulpflegen erhalten ein festes Budget und entscheiden selbst, für welche Fördermassnahmen sie es einsetzen. Zweitens sollen Schüler nur noch dann Zugang zu Sonderschulung erhalten, wenn nachgewiesen ist, dass sie an ihrer Schule mehrfach einen Förderzyklus durchlaufen haben. Evaluiert wird die Reform im Schuljahr 2016/17. So lange wollen die Elternräte nicht warten. Sie fordern von der Zentralschulpflege eine Begleitgruppe, in der Eltern- und Lehrvertreter das Projekt beobachten können. Unter anderem befürchten sie, dass Lehrer stärker belastet werden und dass sonderschulungsbedürftige Schüler beim Durchlaufen mehrerer Zyklen Zeit verlieren. Schulvorsteher Stefan Fritschi (FDP) versprach, das Anliegen wohlwollend zu prüfen. (mig)